

Wird vor dem Steintor 95/97 an exponierter Stelle ein Neubau realisiert?

Hängepartie um Habü vor dem Ende?

Der Bauausschuss des Beirates Östliche Vorstadt befasste sich mit brisanten Themen

VON SIGRID SCHUER

Östliche Vorstadt. Gleich mehrere heiße Eisen standen in der jüngsten, digitalen Sitzung des Bauausschusses des Beirates Östliche Vorstadt auf der Agenda. Zum einen ging es um die Rettungssicherheit in der Hamburger Straße, zum anderen um das Schicksal des seit Jahren immer mehr verfallenden, ehemaligen Schreibwarengeschäftes Habü Vor dem Steintor 95/97. Dem Vernehmen nach soll das Haus inzwischen verkauft worden sein. Für die meisten Beiratsmitglieder ist der neue Eigentümer noch der große Unbekannte. Entscheidend sei, zu welchem Zeitpunkt das Haus verkauft worden wäre, betonte Peter Altvater von der Bürgerinitiative Leben im Viertel. Er mutmaßt, dass der Verkauf bereits vor anderthalb Jahren über die Bühne gegangen sein könnte.

Besonders von Seiten der Links-Fraktion gibt es nun Befürchtungen, dass sich die jahrelange Hängepartie noch hinziehen könnte. Die Linken pochen darauf, möglichst schnell Klarheit zu bekommen, wie es auf dem Gelände weiter gehen soll.



Das Haus, in dem sich einst der Schreibwarenladen Habü befand.

Rainer Ballnus (SPD) plädierte dafür, den neuen Eigentümer des Habü-Hauses zur nächsten Bauausschusssitzung einzuladen. „Bekommen wir das vor der nächsten Beiratssitzung hin?“, wollte Peter Böhme (Linke) wissen. Vor der nächsten Beiratssitzung wohl eher nicht, räumte Manuela Jagemann, stellvertretende Ortsamtsleiterin ein. Aus Sicht von Rainer Ballnus und Alexandra Werwath (Grüne) ist es die falsche Methode, den neuen Eigentümer gleich mit einem ganzen Forderungskatalog zu konfrontieren. Er solle doch erst einmal seine Pläne darlegen. In der Sitzung könnte ja dann durchaus noch kritisch nachgefragt werden.

Dem Vernehmen nach will der Eigentümer einen Neubau an dieser exponierten Stelle des Viertels errichten lassen. Allerdings liege noch kein entsprechender Bauantrag vor, so Jagemann. Schließlich konnte doch Einigkeit erzielt werden, den Eigentümer zur nächsten Bauausschusssitzung einzuladen. Bedingung: Das Bauordnungsamt solle sich zuvor äußern.

Noch ein zweites, brisantes Thema wurde im Bauausschuss erörtert. Bereits in der letzten Beiratssitzung vor dem Shutdown wurde eine Bürgeranfrage zur Rettungssicherheit in der Hamburger Straße behandelt. Denn die ist, dem Vernehmen nach, erheblich gefährdet, da die großen Feuerwehrfahrzeuge neueren Typs die Häuser nur noch auf acht Meter Höhe anleitern könnten. Anderenfalls kämen ihnen die Hochspannungsleitungen der BSAG in die Quere. Zu der Problematik hat bereits ein runder Tisch getagt, an dem Vertreter von Feuerwehr, Polizei, Stadtplanung und BSAG teilnahmen, allerdings bislang noch nicht die betroffenen Hauseigentümer. Und für die könnte die vorgesehene Regelung richtig teuer werden. Dass sie allein auf den Kosten sitzen blieben, könne wohl kaum angehen, befanden die Ausschussmitglieder.

Für die alten Häuser, die zum Teil vor 100 Jahren erbaut wurden, besteht zwar Bestandsschutz. Anders sieht es allerdings bei Neu- und Umbauten aus. Wird beispielsweise ein Bauantrag für einen Dachausbau gestellt, dann wird es erforderlich, nachträglich einen zweiten Fluchtweg, ein sogenanntes Sicherheitstreppehaus light einzubauen. Harald Klussmeier (Grüne) schlug vor, den bei der BSAG vorhandenen Schlüssel, mit dessen Hilfe die Hochspannungsleitungen abschnittsweise still gelegt werden können, der Feuerwehr auszuhändigen, damit sie im Einsatzfall schnell handeln könne. Der Bauausschuss bleibt an dieser Problematik dran und wird zu einer seiner nächsten Sitzungen Betroffene und Teilnehmer des runden Tisches einladen.

Peter Böhme wollte zudem wissen, was denn nun aus seiner Anfrage in puncto Schlichtwohnungen in Bremen geworden wäre. Die Antwort von Arne Sünemann, Abteilungsleiter für Regional- und Stadtentwicklung im Bauressort: Es gebe diese Kategorie schlicht nicht. Es werde allerdings gemeinsam mit dem Sozialressort bereits seit zwei Monaten ein Kriterienkatalog erarbeitet, anhand dessen festgestellt werden sollte, wo die Verwirklichung des Projektes „Housing first“ möglich ist. Diesen Katalog möchten die Mitglieder des Bauausschusses vorgelegt bekommen.

Aber es gab durchaus auch etwas Positives zu vermelden: So wurde dem Bürgerantrag, den Horst Dettbarn und Ulrich Löh 2019 an den Beirat gestellt hatten, stattgegeben. Die Bürgerinitiative wollte eine Umbenennung des Platzes vor dem inzwischen abgerissenen Concordia-Theater erreichen, das als Raumbühne einst bundesweit Geschichte schrieb. Beirat, Amt für Straßen und Verkehr und Bürgerschaft haben für die Umbenennung von Herderstraße in Concordia-Platz nun grünes Licht gegeben. Ursprünglich war eine kleine Einweihungszeremonie mit Musik geplant, doch das gestaltet sich in Zeiten rasant ansteigender Corona-Infektionszahlen schwierig. Trotzdem soll die Enthüllung des Schildes mit dem neuen Namen in Anwesenheit von bis zu vier Personen im November coronagerecht vorgenommen werden. Denn sonst würde die Umbenennung verpuffen, meinte Manuela Jagemann.
